

Bundestagsreport

der Landesgruppe Brandenburg

Flächennutzung und Naturschutz?

Außerdem in dieser Ausgabe:

Kahlschlag bei Solarförderung
Die Präsidentenrochade
Spekulationsobjekt Griechenland
Jonglieren mit Milliarden
Jugenddelegierte für die UNO



DIE LINKE.

Für eine neue soziale Idee.

Inhalt

Bundestagsreport 04 / 2012
der Landesgruppe Brandenburg

„Flächenfraß“ – wer frisst denn da?.....	Seite 04
von Sabine Stüber	
Schwarz-gelb bremst Solarstromausbau.....	Seite 06
von Dr. Kirsten Tackmann	
Das Ritual.....	Seite 08
von Wolfgang Nešković	
Hilfe für Griechenland?.....	Seite 10
von Dr. Dagmar Enkelmann	
Umverteilung heißt jetzt Haushaltsdisziplin.....	Seite 12
von Thomas Nord	
Jugenddelegierte für die UN Generalversammlung zu Gast.....	Seite 14
von Diana Golze	
Pressemitteilungen.....	Seite 16
 Anträge, Anfragen & Initiativen.....	Seite 24
 Reden.....	Seite 34
 Kontakt	Seite 35
 Impressum	Seite 36

„Flächenfraß“ – wer frisst denn da?

von Sabine Stüber



Bei dem Verlust von Acker- und Grünland, auch als Flächenverbrauch bezeichnet, geht es im Grunde um den Verbrauch unserer Landschaft insgesamt. In Deutschland gehen derzeit täglich etwa 90 Hektar Boden verloren, das entspricht ungefähr 100 Fußballfeldern. Für die Versorgungssicherheit unseres Landes mit Nahrungsgütern und Futtermitteln kann das auf Dauer, auch durch den zunehmenden Energiepflanzenanbau, zum Problem werden.

Seit Jahren soll der Verlust landwirtschaftlicher Flächen eingedämmt werden – auf 30 Hektar am Tag bis zum Jahr 2020, so ist das Ziel. Der Ruf verliert sich im Nebel, die Zeichen der Zeit weisen in eine andere Richtung. Allerdings scheinen wir unterdessen auch daran gewöhnt zu sein, dass Ziele nicht erreicht und dann mal eben um zehn Jahre verschoben werden. So bei der biologischen Vielfalt: Ziel war es, bis 2010 den Artenrückgang zu stoppen. Es wurde weit verfehlt und auf das Jahr 2020 vertagt.

Jetzt hat der Deutsche Bauernverband (DBV) zur Eröffnung der „Grünen Woche“ mit einer spektakulären Aktion, Petition an den Deutschen Bundestag – „Flächenverbrauch senken und landwirtschaftliche Nutzflächen schützen“, die Initiative ergriffen. Damit wurde viel öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema erreicht. Unterdessen gibt es über 210.000 Unterschriften.

Das Grundanliegen, die landwirtschaftlichen Flächen zu erhalten, ist klar und wird von uns unterstützt. Bei genauerem Hinsehen kommt jedoch Skepsis auf. Für das altbekannte Spiel um die Landnutzungsinteressen mit all seinen Konflikten scheint eine neue Runde eingeläutet zu sein. Eine Schlagrichtung geht klar gegen hart errungene Naturschutzstandards. Das trifft bei uns LINKEN-Abgeordneten auf Unverständnis, und der Aufschrei der Umweltverbände ist nachvollziehbar.

Die Forderung, kein Bauen mehr auf der „grünen Wiese“, wodurch immer mehr Boden versiegelt wird und so für die Land- und Forstwirtschaft verloren geht, findet unsere volle Unterstützung. Soweit so gut, wenn aber im

gleichen Atemzug gefordert wird, dass es keine weiteren Flächen für Ausgleichsmaßnahmen geben soll, sind wir wieder mitten drin im Konflikt zwischen Landwirtschaft und Naturschutz. Durch Siedlungen, Verkehrs- und Infrastrukturflächen, Tagebaue, Gewerbe und Industrie gehen Flächen für die Landwirtschaft in Größenordnungen verloren, aber auch für den Naturhaushalt. Zum Beispiel kann das Niederschlagswasser nicht versickern. Dadurch fehlt es für das Grundwasser an Nachschub, während besonders bei den zunehmenden Extremniederschlägen die Hochwassergefahr ansteigt.

Bauvorhaben, welcher Art auch immer schädigen die Natur, das steht außer Frage. Werden diese Schäden nicht mehr ausgeglichen, kann das den Naturhaushalt regional dauerhaft schädigen, was letztlich auch zum Nachteil der Landwirtschaft ist. Natürlich kann und muss die Qualität von Ausgleichsmaßnahmen verbessert werden, aber im Gegensatz zu bebauten oder asphaltierten Flächen wirken Ausgleichsflächen positiv auf den Naturhaushalt. Sie können die Erosion auf den Äckern vermindern und die Bodenfruchtbarkeit verbessern. Acker- und Wegraine, Hecken sind Rückzugs- und Lebensräume für Tiere und Pflanzen, von denen die Landwirtschaft direkt profitieren kann.

Die eigentliche Flächenverschwendung und den wirklich großen Anteil am „Flächenfraß“ machen nicht die Naturschutzflächen aus, sondern die Planungsdimensionen von Verkehrs- und Großprojekten, Industrieanlagen bis hin zu Freizeitanlagen, wie Golfplätzen. Da brauchen die betroffenen Landwirte Unterstützung, auch vom DBV.

Schwarz-gelb bremst Solarstromausbau

von Kirsten Tackmann

Es ist ein schwerer Hammer, mit dem Union und FDP auf die Solartechnik einschlagen. Statt ein Erfolgsmodell fortzuführen soll mit Stichtag 9. März 2012 die Vergütung für Solarstrom gesenkt werden. Die Solarförderung wird so vorzeitig und drastischer gekürzt, als im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) im Sommer 2011 beschlossen.

In Folge sind ab sofort aktuell geplante Projekte auf Eis gelegt oder abgesagt. Tausende Arbeitsplätze sind gefährdet, gerade in Ostdeutschland. Den vielen kleinen und mittelständischen Unternehmen bleibt kaum Zeit zu reagieren. Zahlreiche Schreiben an unsere Büros berichten von stornierten Bestellungen und widerrufenen Bankkrediten - unmittelbar nach Bekanntwerden des Ministerkompromisses. Installateure bleiben auf bestellter Ware sitzen, Investoren bricht die Finanzierung weg. Ein Bereich, der im vergangenen Jahr ein Fünftel des Wirtschaftswachstums ausmachte, wird praktisch stranguliert. Für Berlin-Brandenburg ist das besonders hart, weil jedes 2. deutsche Solarmodul aus dieser Gegend kommt. Allein in der Solartechnik sind ca. 5000 Arbeitsplätze entstanden! Plus die vielen Stellen in Handwerksunternehmen, die Anlagen aufstellen und installieren.

Dabei hat sich die Einspeisevergütung für Solarstrom seit 2008 schon halbiert. Für 2012 stand im EEG die weitere Reduktion der Förderhöhe um knapp 30 Prozent. Für zusätzliche Kürzungen besteht kein Anlass. Im Gegenteil. Denn auch ohne diese fallen die Einspeisetarife für Photovoltaik (PV)-Anlagen im nächsten

Jahr auf das Vergütungs-Niveau der viel gepriesenen Offshore-Wind-Anlagen.

PV-Anlagen sind eine Zukunfts-Investition, nur längst nicht mehr so kostspielig. Den Ausbau gerade jetzt auszubremsen, mag zwar im Interesse der fossil-nuklearen Energiewirtschaft sein, ist aber volkswirtschaftlicher Irrsinn.

In einer Aktuellen Stunde wurde der Kabinettsbeschluss von der Opposition verrissen. Für DIE LINKE zeigte Ralf Lenkert die Verlogenheit der Beschlüsse auf. Es geht bei der Kürzung der Solarförderung nicht wie behauptet um preiswerten Strom für die VerbraucherInnen. Es geht um die Interessen der großen Energieversorger und der bereits heute massiv bevorteilten Großverbraucher - zu Lasten der strukturschwachen Regionen. Hier ist die Solarenergie als Teil der Energiewende zu einer echten wirtschaftlichen Zukunftschance geworden. Die schwarz-gelbe Koalition tritt das zarte Pflänzchen einer zukunfts- und nachhaltigkeitssträchtigen Entwicklung kaputt. Mich erinnert das fatal an Umgang von schwarz-rot mit der Biokraftstoffbranche.

Die unberechenbare Politik der Minister Rösler und Röttgen müssen die strukturschwachen Regionen ausbaden. Noch kann das Schlimmste verhindert werden. Bundestag und Bundesrat können im parlamentarischen Verfahren den Entwurf entschärfen und das wichtige Gut politischer Verlässlichkeit wieder herstellen. DIE LINKE wird das konsequent einfordern. Die erneute energiepolitische Rolle rückwärts muss verhindert werden.

Das Ritual

von Wolfgang Nešković



Es ist wie im Theater. Wulff tritt ab und Gauck auf die Bühne. Eben wurde noch gepfiffen, jetzt wird bereits wieder geklatscht. Es gab keine Pause im Stück. Doch sie wäre nötig gewesen. Sie hätte für die nötige Nachdenklichkeit gesorgt. Nicht die gegen ihn erhobenen Vorwürfe haben Wulff aus dem Amt gebracht, nicht sein kalkulatorisches Verhältnis zur Wahrheit. Es waren deutsche Staatsanwälte, die ihn zum Rücktritt zwangen. Sie hatten ein Ermittlungsverfahren angekündigt. Mehr war allerdings nicht geschehen. Keine Anklage war bei Gericht eingereicht. Kein Richter hatte sich mit dem Fall Wulff befasst. Kein rechtskräftiges Urteil war gefällt. Doch sofort nach der Einleitung des Ermittlungsverfahrens fanden SPD und Grüne nach langem Zaudern den plötzlichen Mut, Wulff zum Rücktritt aufzufordern. Auch die Kanzlerin entzog ihm nunmehr die bis dahin gewährte Rückendeckung. Damit war das Schicksal von Wulff besiegelt.

Über das politische Schicksal eines Bundespräsidenten entscheidet nach der Verfassung das Bundesverfassungsgericht am Ende eines komplizierten Verfahrens - der Präsidentenanklage. Demgegenüber sind die Voraussetzungen für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens sehr gering. Es reichen hierfür schon „zureichende tatsächliche Anhaltspunkte“ aus. Deswegen enden die meisten Verfahren (70%) auch mit einer Einstellung. Die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens hat also keinen Prognosewert für dessen Ausgang. Aus diesem Grund gibt es im Strafrecht die Unschuldsvermutung. Sie gilt selbstverständlich auch für einen ethisch ungeübten Menschen wie Christian Wulff. Die Unschuldsvermutung soll dafür sorgen, dass allein der Verdacht, ein Mensch habe sich strafbar gemacht, weder dessen Karriere (z.B. vorzeitiger Verlust eines Amtes) noch dessen Ruf beschädigt. Es handelt sich um ein Menschenrecht und einen zentralen Grundsatz unseres Rechtsstaates.

Im politischen Leben ist dieser Grundsatz jedoch außer Kraft gesetzt. An seiner Stelle fest verwurzelt ist das verfassungsfremde Ritual der Vorverurteilung mit Rücktrittspflicht. Es ist ein sehr komplexes Ritual.

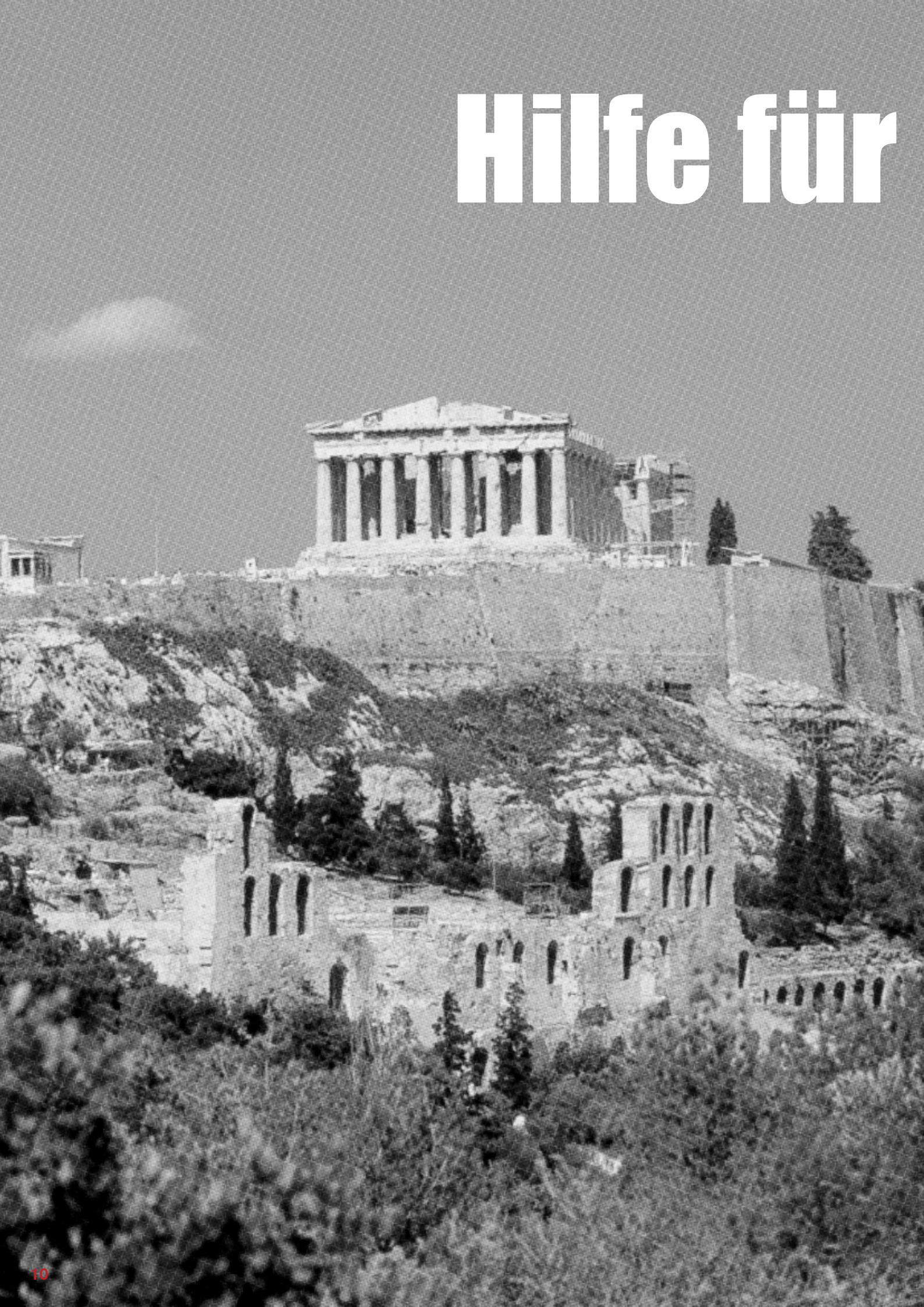
Zunächst basiert es auf Heuchelei. Sie liegt in der Vorstellung, dass Politiker derart tadellos durch ihr Leben gehen, dass sie nicht einmal in den Verdacht einer Straftat geraten. Ist dies aber doch der Fall, verlangt das Ritual ihren sofortigen Rücktritt.

Die Heuchelei hat noch eine Kehrseite. Sie ist der organisierte Verfassungsbruch. Da das Ritual im Falle von Ermittlungen den sofortigen Rücktritt verlangt, haben die Staatsanwälte ausgeprägte Hemmungen, diesen auch herbeizuführen. Jeder „Ermittlungsschuss“ wäre sofort ein „Rücktrittstreffer“. Damit wird jedoch der Grundsatz der Gleichheit der Menschen vor dem Gesetz verletzt, wenn es um Politiker geht.

Das Ritual ist wirklich komplex. Denn es ernährt sich sogar aus sich selbst. Weil Ermittlungen selten sind, löst ihre Einleitung den sofortigen Rücktritt aus. Weil der sofortige Rücktritt ein empfindliches Übel ist, bleiben Ermittlungen selten. Das ist das Ritual. Es ist surreal. Es passt in das moderne Theater, aber nicht in den demokratischen Verfassungsstaat. Wir benötigen eine Realität, in der Staatsanwälte gegen Politiker genauso konsequent ermitteln wie gegen jeden anderen Bürger. Erstens würde dadurch der Grundsatz der Gleichheit vor dem Recht gewahrt. Zweitens würde die Demokratie gestärkt, weil die Bürger die tatsächliche Strafrechtstreue der Politiker erfahren und bewerten könnten. Drittens käme die Unschuldsvermutung zur vollen Geltung, weil Politiker nicht mehr schon im reinen Verdachtsstadium ihre Posten räumen müssten.

Hilfe für Griechenland?

von Dr. Dagmar Enkelmann



Es seien „Vereinbarungen“ zwischen der so genannten Troika und Griechenland getroffen worden, die dem Land helfen sollen, aus der Krise zu finden, so jedenfalls belehrte der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium die Fragestellerin der LINKEN in dieser Woche in der Fragestunde des Parlaments. Mein Zwischenruf, das sei Erpressung gewesen, wurde mit großer Empörung zurückgewiesen.

Wie aber soll man das anders nennen, wenn „Dank“ des Rettungsschirms und ohne Alternative Renten, Löhne und Sozialleistungen gekürzt werden, inzwischen fast 50 Prozent der griechischen Jugendlichen arbeitslos und etwa 60 000 kleine und mittelständische Unternehmen insolvent sind. Nach dem, was „Vereinbarung“ genannt wird, sollen im Militärhaushalt schlappe 300 Millionen, allein bei Medikamenten aber 1000 Millionen Euro gekürzt werden. Das führt inzwischen dazu, dass in Griechenland Arzneien nur noch gegen Bargeld abgegeben werden.

Das als Rettungspaket für Griechenland getarnte EU-Programm ist nichts anderes als eine großzügige Hilfe für Banken und Hedgefonds, deren Renditen in Gefahr sind. Und klar ist auch, wer das bezahlt: die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die 11 Milliarden Euro, die die Kanzlerin aufzubringen hat, wird sie nicht aus der Westentasche zaubern.

Was Griechenland wirklich bräuchte, ist ein Konjunkturprogramm für öffentliche Investitionen und ist eine Stärkung der Binnennachfrage. Das ließe sich solide finanzieren, würde die Bundesregierung wenigstens ihre monatealten Versprechungen zu einer Finanztransaktionssteuer umsetzen, ganz zu schweigen von einer Millionärsteuer, wie sie DIE LINKE fordert.

All das stand in der Abstimmung um das zweite Rettungspaket für Griechenland nicht auf der Tagesordnung. Deshalb hat DIE LINKE im Bundestag geschlossen dagegen gestimmt. Sie hat sich damit als wahrhaft europäische Partei erwiesen.

Umverteilung heißt jetzt Haushaltsdisziplin



von Thomas Nord

Die Abstimmung über das Griechenland-II Paket, wie es auch genannt wird, war diese Woche in einer Sondersitzung des Bundestages am Montag Gegenstand der parlamentarischen Auseinandersetzung. Der politische Sachverhalt verkam angesichts der Debatte um die Kanzlerinnenmehrheit fast zur Nebensächlichkeit. DIE LINKE hat als Fraktion gegen das Paket gestimmt, weil hier nicht über eine Hilfe für Griechenland, sondern über eine Garantie für Banken und Spekulanten abgestimmt wurde. Die von der Eurogruppe am 20. Februar 2012 beschlossenen „Kredithilfen“ für Griechenland in Höhe von 130 Mrd. Euro werden eine Staatspleite nicht abwenden, sondern garantieren den Gläubigern bis dahin den Großteil ihrer Investitionen. Mit den Forderungen der Euro-Gruppe wird die griechische Wirtschaft kaputtgespart, der Sozialstaat zerstört, die Demokratie ausgehebelt und das Land immer tiefer in die Schuldenfalle getrieben.

Angesichts der Debatte über eine Staatschuldenkrise in den Mitgliedsstaaten der Eurozone sind Schuldenbremse und ausgeglichener Haushalt aber auch in der Bundesrepublik ein zentrales Thema. Vorige Woche hat der Finanzminister in dieser Debatte eine neue Marke gesetzt, er will die Schuldenbremse schon 2014 einhalten, zwei Jahre früher als notwendig. Die Bremse ist eine vom Bundestag verabschiedete Verpflichtung, das strukturelle Defizit des Bundes spätestens bis 2016 auf 0,35 Prozent des Bruttoinlandprodukts zu reduzieren. Das entspricht derzeit einer Neuverschuldung pro Jahr von ungefähr zehn Milliarden Euro. Nach Ankündigung von Wolfgang Schäuble soll dieser Betrag ab nächstem Jahr aus diesem Grunde im Haushalt eingespart werden, Zeitungsberichten zufolge setzen sie

sich aus mehreren Einzelposten zusammen: Der Bundeszuschuss zum Gesundheitsfonds der Krankenkassen soll um zwei Milliarden Euro gestrichen werden. In der gleichen Größenordnung soll auch der Zuschuss des Bundes zur Rentenversicherung gekappt werden, auch wenn unklar ist, wie das mit dem Rentenrecht vereinbar ist. Beide Kürzungen sollen von Dauer sein, nicht nur einmalig. In der Arbeitslosenversicherung stehen Einsparungen im Umfang von einigen hundert Millionen Euro auf der Liste, wie die umgesetzt werden, ist z. B. mit Fortbildungskürzungen und Sanktionserhöhungen gegen Arbeitslose eine geprobte Praxis. Das Elterngeld soll gedeckelt werden.

Nun könnte man den Betrag von 10 Milliarden angesichts der Erklärung des Finanzministers für das Vorhaben eines Muster-schülers halten, der eifrig ist und angesichts der Politiklinie der Bundesregierung mit der Eurokrise sowie dem verabredeten Fiskalpakt seine Hausaufgaben besonders gut erfüllen will. Auf der anderen Seite steht allerdings die Erklärung des Finanzministers aus der Haushaltsdebatte von 2011 offen, mit der eine Steuerentlastung in Höhe von 19,5 Milliarden Euro pro Jahr angekündigt wurde, um die FDP und die „Wunschkoalition“ von CDU/CSU und FDP zu retten. Vorschläge zur Gegenfinanzierung hat der Finanzminister in der Rede vom Herbst 2011 nicht gemacht. Das angekündigte FDP-Rettungspaket von jährlich 19,5 Milliarden Euro kostet den Bund in etwa die gleiche Summe von 10 Milliarden Euro. Es darf also vermutet werden, dass die Ankündigung von Schäuble nicht der Einhaltung der Schuldenbremse, sondern der Finanzierung der Steuererleichterung für die FDP geschuldet ist. Schwarz-Gelbe Umverteilung von Unten nach Oben heißt jetzt Haushaltsdisziplin.

Jugenddelegierte für die UN Generalversammlung zu Gast



von Diana Golze

Im Oktober 2012 begleitet die deutsche Abordnung zur UNO-Generalversammlung nach New York. Möglich wird dies durch ein gemeinsames Programm der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGNV) und dem Deutschen Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit (DNK), einer Arbeitsgemeinschaft des Deutschen Bundesjugendringes. Bereits 1981 empfahl die UNO den Mitgliedsstaaten, Jugendliche in ihre Delegationen mit aufzunehmen, um ihnen eine direkte Beteiligung zu ermöglichen. Die Zielsetzungen des Programms sind entsprechend der UN-Empfehlung insbesondere auf Formen der Beteiligung zugeschnitten und sehen neben inhaltlichen Vorbereitungspraktika auch eine Tour vor, die dem Erfahrungsaustausch mit Kindern und Jugendlichen in ganz Deutschland dienen soll.

Inzwischen ist es zu einer schönen Tradition geworden, dass die beiden Delegierten die kinder- und jugendpolitischen Sprecher/innen der im Bundestag vertretenen Fraktionen besuchen. Bei diesen Gesprächen sind es vor allem die Zielstellungen der beiden Jugenddelegierten, die im Mittelpunkt stehen. Es liegt viel Arbeit vor Sabrina Reindl und Patrick Rohde. Die beiden Studierenden wollen neben Pressegesprächen und treffen mit Jugendverbänden auch Termine an Schulen sowie in Jugendeinrichtungen wahrnehmen, um sich eine möglichst breite Legitimation für ihren Besuch in New York zu verschaffen. Neben den zentralen Fragen der Kinder- und Jugendpolitik in Deutschland steht die lebendige und alltagstaugliche Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, ganz

oben auf der inhaltlichen Agenda der beiden Studenten. Wünsche und Erwartungen haben sie schon jetzt sehr viele. Aber auch Verbesserungsmöglichkeiten sehen sie an vielen Stellen. So haben sie sich vorgenommen, mit den Fachpolitikern im Bundestag aber auch mit den Jugendvereinen und -verbänden mehr Möglichkeiten für eine breitere Wahrnehmung der UN-Jugenddelegierten in der Öffentlichkeit zu diskutieren, damit sich mehr Jugendliche für eine solche Arbeit interessieren - und vielleicht die Jugenddelegierten in einem der nächsten Jahre werden.

Im Namen der Fraktion DIE LINKE konnte ich den beiden Delegierten zusichern, dass sie bei der Debatte um Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen einen aktiven Gesprächspartner haben. Das Recht auf Beteiligung in den Bereichen, die das Leben von Kindern und Jugendlichen betreffen, ist ein zentraler Baustein linker Jugendpolitik und so fanden sich schnell Schnittmengen für die Arbeit der beiden Delegierten. So werden Sabrina Reindl und Patrick Rohde die Ergebnisse und Eindrücke aus ihrer Zeit als Jugenddelegierte während meiner Zeit als Vorsitzende der Kinderkommission des Deutschen Bundestages vorlegen können.

Die beiden Jugenddelegierten werden im September und Oktober zur Generalversammlung reisen, wo sie an Ausschusssitzungen, offiziellen und inoffiziellen Treffen, Veranstaltungen und Empfängen teilnehmen und dort der Jugend eine Stimme geben. Ich wünsche ihnen für diese Zeit viel Glück, gute Gespräche und vor allem Erfolg in ihren Vorhaben.

LINKE fordert namentliche Abstimmung zu Griechenland-II-Paket

27.02.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Aus den Fehlern der ersten Griechenland-Rettung hat die Regierungskoalition nichts gelernt: Noch brutaler wird auf Kosten des griechischen Volkes gespart, werden zu Lasten des Steuerzahlers Gläubiger und Spekulanten gerettet.

Von einer gerechten Finanzierung durch eine Finanztransaktions- und eine Millionärssteuer ist nichts zu sehen. Alle Abgeordneten müssen sich gewissenhaft fragen, ob sie diese gescheiterte Politik weiter

mittragen. DIE LINKE fordert deshalb für die heutige Debatte eine namentliche Abstimmung“, erklärt die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Dagmar Enkelmann, zum heutigen Beschluss des Bundestages über das Griechenland-II-Paket. Enkelmann weiter:

„Die offensichtlichen Zweifel am Rettungspaket gerade aus dem Regierungslager bleiben scheinheilig, wenn die Kritiker dann im Plenum

doch die Hand heben. Im Übrigen sind die erst am vergangenen Freitag vorgelegten Anträge des Bundesfinanzministeriums zum Griechenland-II-Paket zusammen über 700 Seiten stark.

Was daraus im Einzelnen folgt, konnte in der kurzen Zeit niemand ernsthaft überprüfen. Auch in dieser Hinsicht sollten alle Abgeordneten gut überlegen, ob sie dieser Erpressungsstrategie der Regierung nachgeben.“

Keine Abrisse mehr in palästinensischen Autonomiegebieten

16.02.2012 – DAGMAR ENKELMANN

„Dass Israel sogar von Deutschland finanzierte humanitäre Projekte im Westjordanland abreißen lassen will, ist nur ein krasses Beispiel für die inhumane Besatzungspolitik gegen die Palästinenser.

Minister Niebel und Westerwelle können jetzt ihren sonst zur Schau gestellten Tatendrang unter Beweis stellen: Die Bundesregierung muss nicht nur den Abriss der mit deutscher Hilfe errichteten Windkraft- und Solaranlagen verhindern, sondern sich auch deutlich stärker für menschenwürdige Lebensbedingungen für die Palästinenser in der so genannten C-Zone engagieren“, fordert die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Dagmar Enkelmann, anlässlich der am kommenden Montag anstehenden Gerichtsverhandlung über die Abrissverfügungen. Zusammen mit anderen linken Politikerinnen und Politikern hatte

Enkelmann im Januar die palästinensischen Autonomiegebiete und Israel besucht. Enkelmann weiter:

„Vor Ort, so im Dorf Susiya, haben wir selbst die verheerenden Wirkungen der willkürlichen Abrissverfügungen der israelischen Verwaltung erfahren. Den Palästinensern wird buchstäblich das Dach überm Kopf und die Schule weggerissen, Strom und Wasser werden verweigert und die Zufahrtswege zu ihren Dörfern blockiert.

Das ist widerrechtlich, inhuman und verschärft die ohnehin angespannte Situation. Die Bundesregierung darf dem nicht länger tatenlos zusehen. Sie muss unverzüglich bei der israelischen Regierung gegen die Abrisspolitik intervenieren und endlich ihre Ankündigung umsetzen, die diplomatischen Vertretungen in Palästina und in Deutschland aufzuwerten. Um den Friedens-

prozess neu zu beleben, muss die Bundesregierung Israel auch konsequent auffordern, den Siedlungsbau zu stoppen.“



Foto: Sv.Gefren_pixello.de

Ausschussmehrheit macht Weg zur Verfolgung von Anti-Nazi-Engagement frei

09.02.2012 – DAGMAR ENKELMANN, CAREN LAY, MICHAEL LEUTERT

„Mit seiner heutigen Entscheidung, die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE Caren Lay und Michael Leutert der Strafverfolgung durch die sächsische Justiz preiszugeben, hat der Immunitätsausschuss die ihm vom Bundestag anvertraute Verantwortung dafür, einen wirksamen Schutz von Abgeordneten vor ungerechtfertigter politischer Verfolgung zu gewährleisten, gründlich verfehlt“, erklärt die 1. Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE, Dagmar Enkelmann, zur mehrheitlichen Ablehnung des Ausschusses, die Immunität der beiden Abgeordneten wieder herzustellen. Enkelmann weiter:

„Den beiden Abgeordneten wurde dabei sogar die ausdrücklich vorge-sehene Möglichkeit verweigert, im

Immunitätsausschuss zu den Umständen und Hintergründen ihrer strafrechtlichen Verfolgung wegen der Teilnahme an einer friedlichen Blockade zur Verhinderung des Nazi-Aufmarsches in Dresden Stellung zu nehmen. Damit ist der Weg für die Dresdener Staatsanwaltschaft frei, an den beiden Bundestagsabgeordneten ein juristisches Exempel gegen praktizierte Zivilcourage im Kampf gegen Rechtsextremismus zu statuieren.“

Caren Lay erklärt: „Ich bin empört, dass der Immunitätsausschuss meine Immunität als Abgeordnete aufgehoben hat. Vor dem Hintergrund der rassistischen Mordserie durch Nazi-Terroristen haben alle Fraktionen des Deutschen Bundestags gemeinsam erklärt: ‚Rechtsex-

tremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.‘ Diese Erklärung darf keine Sonntagsrede bleiben. Zivilcourage gegen Nazis ist notwendig und darf nicht bestraft werden.“

Michael Leutert erklärt: „Die Entscheidung des Immunitätsausschusses sendet ein verheerendes politisches Signal an alle, die sich gegen Nazis engagieren. Ich werde mich davon nicht einschüchtern lassen und auch dieses Jahr in Dresden dabei sein. Wenn der Verfassungsschutz versagt, die Staatsanwaltschaft Antifaschisten verfolgt und die herrschende Politik dies noch unterstützt, wird der gesellschaftliche Kampf gegen Rechts umso wichtiger.“



Foto: Alexander Hauk - www.alexander-hauk.de_pixello.de



Kinderarmut ist nicht hinnehmbar

29.02.2012 – DIANA GOLZE

Leiterin des Arbeitskreises Arbeit, Gesundheit und Soziales der Fraktion DIE LINKE, anlässlich einer heute veröffentlichten Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes. Golze weiter:

„Es ist einfach, in einem reichen Land Kinderarmut zu vermeiden.

Doch die Bundesregierung dümpelt vor sich hin, die Ursachen von Familienarmut wie Niedriglöhne, Minijobs und Leiharbeit gedeihen ungehindert. Nun wurden auch noch drastische Kürzungen bei den Maßnahmen gegen Erwerbslosigkeit vorgenommen. Es ist ein Skandal, dass selbst Vorgaben des Verfassungsorgans vom Februar 2010 bis heute nicht eingelöst sind. Dringend muss der Kinderregelsatz

bedarfsgerecht neu festgesetzt werden.

Auch das Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren bleibt weit hinter dem Bedarf zurück, was vor allem Alleinerziehende daran hindert berufstätig zu sein.

Es ist höchste Zeit, mit gesamtgesellschaftlichen Antworten auf die verfestigten Armutsstrukturen zu reagieren. DIE LINKE hat einen umfangreichen Antrag für eine moderne und zukunftsweisende Familienpolitik vorgelegt und ein Konzept zur Förderung von Alleinerziehenden, da diese mit ihren Kindern in besonderem Maße von Erwerbslosigkeit, schlechten Löhnen und Armut betroffen sind.“

Individualbeschwerde für Kinder braucht rechtliche Verfahrenssicherheit

28.02.2012 – DIANA GOLZE

„Dass die Bundesrepublik das nunmehr dritte Fakultativprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention ratifiziert, ist sehr zu begrüßen: Das darin vereinbarte Individualbeschwerderecht ist wichtig für die Stärkung der Belange der Kinder“, erklärt Diana Golze zur heutigen Ratifizierung durch Ministerin Schröder. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die bloße Ratifizierung reicht allerdings nicht aus, um Kindern und Jugendlichen endlich einklagbare Rechte zu geben. DIE LINKE bleibt dabei: Wer es mit den Kinderrechten ernst nimmt, gibt ihnen

Grundgesetzcharakter. Ministerin Schröder hat heute ein weiteres Argument für einen solchen Schritt geliefert: Jetzt muss sie den Unterschriften noch Taten folgen lassen. Das Beschwerderecht auf Basis der UN-Kinderrechtskonvention war längst überfällig. Anders als beispielsweise bei der UN-Behindertenrechtskonvention ist es nicht gleich bei der Ratifizierung der Konvention geregelt worden.

Für die Umsetzung eines wirklichen Beschwerderechtes braucht es aber nun konkrete rechtliche Schritte und Maßnahmen, die ein solches Recht auch im Alltag der in Deutschland lebenden Kinder

realisierbar machen. Dafür brauchen wir ein flächendeckendes Beratungsangebot vor Ort, um Kinder über ihre Rechte zu informieren, Unterstützungsangebote, die ihnen helfen, diese Rechte auch wahrzunehmen und eine erkennbare Aufnahme der Rechte von Kindern in die deutsche Gesetzgebung.

Da das Individualbeschwerdeverfahren erst dann greifen soll, wenn der Rechtsweg auf nationaler Ebene erschöpft ist, muss aus Sicht der LINKEN der Rechtsanspruch auf unabhängige Beratung und Hilfe auf Kinder und Jugendliche ausgeweitet werden. Eine Entscheidung zur Rechtsstellung von Kindern

in unserer Gesellschaft ist längst überfällig – mit der Schaffung eines Individualbeschwerdeverfahrens wird sie jetzt zwingend notwendig.

Die Chance dazu hätte es bereits mit der Verabschiedung des Kinderschutzgesetzes gegeben. Somit unterzeichnet ein reiches Industrieland wie Deutschland erneut ein verbindliches UN-Dokument, ohne für die notwendigen Rechtsgrundlagen gesorgt zu haben.“

Bundesverfassungsgericht als Gebrechlichkeitspfleger des Parlaments

28.02.2012 – WOLFGANG NEŠKOVIĆ

„Das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist ein deutlicher Weckruf an den Deutschen Bundestag, sich endlich aus der selbstverschuldeten parlamentarischen Unmündigkeit zu befreien. Das Verfassungsgericht tritt damit einem schleichenden Prozess der Selbstentmachtung des Parlaments entgegen“, so Wolfgang Neskovic, Vorstandsmitglied und Justiziar der Fraktion DIE LINKE, zum heutigen Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum sogenannten Neuner-Gremium. Neskovic weiter:

„Der Deutsche Bundestag erweist sich häufig als Vollzugsorgan der Bundesregierung. Vorhaben werden selbst dann abgenickt, wenn sie auf die Entmündigung des Gesetzgebers hinauslaufen. Diese Selbstentmündigung hat dazu geführt, dass die Abgeordneten durch das Bundesverfassungsgericht vor ihrer eigenen Mutlosigkeit geschützt werden müssen.

Es war eine Mehrheit von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen im



Foto: Konstantin Brückner

Deutschen Bundestag, die dem der Regierung, sondern das Herzstück der Demokratie ist. Gesetzentwurf der Regierungsfaktionen zur Einrichtung des ‚Neuner-Gremiums‘ zustimmte. Wir brauchen ein selbstbewusstes Parlament mit selbstbewussten Abgeordneten, die ihre Aufgabe als Gesetzgeber und als Kontrolleur der Regierung ernst nehmen. Es bleibt zu hoffen, dass das Bundesverfassungsgericht künftig nicht mehr angerufen werden muss, um den Gesetzgeber an diese Grundpflichten zu erinnern.“



Foto: Konstantin Brückner

Fraktion DIE LINKE. im Bundestag trifft Pendant der französischen Assemblée Nationale

28.02.2012 – THOMAS NORD



Heute treffen sich drei Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag in Paris mit Abgeordneten der französischen Fraktion Gauche Démocrate et Républicaine um sich über eine gemeinsame Position

zum neuen europäischen Fiskalvertrag zu verständigen.

Andrej Hunko, Thomas Nord und Richard Pitterle werden mit Abgeordneten der Linksfraktion der französischen Nationalversammlung und des Europaparlaments den Fiskalvertrag beraten und eine parlamentarische Initiative dazu erarbeiten. Um 14:15 Uhr findet eine Pressekonferenz im 8. Büro der Nationalversammlung zusammen mit Pierre Laurent, Generalsekretär der Parti Communiste Français, Alexis Tsipras, Vizevorsitzender der griechischen Synaspismos-Partei, und Jean-Pierre Brard, Abgeordneter in der französischen Nationalversammlung, sowie weiteren Abgeordneten aus Europa statt.

Frankreich gilt als Schlüsselland in

der Frage, ob die Umsetzung des Fiskalvertrages gelingt.

Der Ausgang der Wahlen zur Nationalversammlung im April und zum Staatspräsidenten im Juni werden hierfür entscheidend sein. Der sozialistische Kandidat für das Amt des Staatspräsidenten François Hollande hat für den Fall eines Wahlsieges eine Neuverhandlung auf europäischer Ebene angekündigt.

Damit wird die Umsetzung zu einem zentralen Wahlkampfthema. DIE LINKE wird als einzige Fraktion im Bundestag gegen den Fiskalpakt stimmen, weil er die Axt an die Wurzeln der europäischen Demokratie legt und eine Wiederkehr des überwunden geglaubten Nationalismus provoziert.

Rösler provoziert wirtschaftlichen Ruin der Solarbranche

24.02.2012 – THOMAS NORD

Das Solar-Konzept von Röttgen und Rösler soll nächste Woche im Kabinett beschlossen werden. Anfang März muss der Bundestag entscheiden, ob die Kürzungen so in Kraft treten. Der Bundestagsabgeordnete Thomas Nord (DIE LINKE) erklärt zur Einigung - zwischen Bundeswirtschaftsminister und Bundesumweltminister - zur angekündigten Kürzung der Solarförderung:

Mit dem Kürzungsbeschluss fährt die Bundesregierung eine ganze Branche an den Rand eines wirtschaftlichen Ruins und gefährdet

bundesweit 130.000 Arbeitsplätze. Dies trifft gerade auch Frankfurt (Oder) als Wirtschaftsstandort besonders hart. Hier geht es um über 2000 Arbeitsplätze. Der Vorschlag von Röttgen und Rösler ist ein Solar-Ausstiegsgesetz. Die jetzt geplanten Kürzungen sind ein energiepolitisches Trauerspiel, mit dem die Energiewende torpediert werden soll. Er schadet dem Klimaschutz. Umweltminister Röttgen, der sich gerne ein grünes Mäntelchen umhängt, zeigt hier deutlich, dass ihm die Verteidigung der Monopolstellung der Energieriesen wichtiger ist als eine sozialpolitisch

und ökologisch weitsichtige Neuausrichtung auf eine nachhaltige und zukunftsfähige Energiepolitik.



Foto: Wilhelmine Wulff_pixello.de

LINKE fordert Volksentscheid über EU-Fiskalpakt

14.02.2012 – THOMAS NORD

„Der EU-Fiskalpakt ist ein so weitreichender Eingriff in die demokratische Haushaltshoheit der Staaten und die Entwicklung des Sozialstaats, dass darüber die Bevölkerungen direkt per Referendum abstimmen müssen“, fordern Thomas Nord, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag und Jean-Pierre Brard; Abgeordneter der Linksfront in der französischen Nationalversammlung.

„Mit dem EU-Fiskalpakt steht in Frage, ob über die Haushalte und die Verwendung der Steuergelder in Zukunft überhaupt noch Parlamente oder künftig nicht legitimierte Bürokratien entscheiden.“ Die Abgeordneten Brard und Nord, die beide auch Mitglieder der bila-

teralen Arbeitsgruppe der Französischen Nationalversammlung und des Deutschen Bundestages zur Krise sind, erklären weiter zu der für den 1. März geplanten Unterzeichnung des EU-Fiskalpakts:

„Der Pakt trägt die Handschrift von Frau Merkel und Herrn Sarkozy. Er richtet sich gegen die Bevölkerungen in Frankreich, Deutschland und Europa. Mit den geplanten gesetzlich verordneten Sozialkürzungen wird der Weg in Armut und ökonomisches Chaos in Europa beschritten. Wir begrüßen in diesem Zusammenhang, dass sich europaweit die Gewerkschaften gegen diesen Angriff wenden. Wir werden gemeinsam mit ihnen alles tun, um eine Ratifizierung des

EU-Fiskalpakts in Deutschland und Frankreich zu verhindern.

Die Alternativen der Linken in Europa stehen gegen diese brutale Austeritätspolitik. Wir fordern eine Vergesellschaftung der Banken und eine Direktfinanzierung der Staaten durch die Europäische Zentralbank. Statt Kürzungsprogramme, brauchen wir einen Fonds für sinnvolle soziale und ökologische Investitionen mit dem gute Arbeit in ganz Europa gefördert werden kann.

Um dies zu finanzieren, müssen endlich die Verursacher und Profiteure der Krise zur Kasse gebeten werden. Eine Millionärsteuer und eine europäische Vermögensabgabe sind überfällig.“

Gentechnikfreiheit ist nicht verhandelbar

29.02.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Ich begrüße das klare Signal aus Leipzig. Das ist ein guter Tag für die gentechnikfreie Landwirtschaft“, kommentiert Kirsten Tackmann die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Vernichtungspflicht von gentechnisch verunreinigtem Saatgut. Nach Ansicht des Gerichts ist es unerheblich, ob die Landwirte Kenntnis von der Verunreinigung hatten oder nicht. Die Abwendung von Risiken und Gefahren hat Vorrang. Die agrarpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE weiter:

„Die Gentechnikfreiheit des Saatgutes ist ein unverzichtbares und nicht verhandelbares Gut. Selbst

kleinste Verunreinigungen sollten nicht toleriert werden. Kontaminiertes Saatgut ist unverzüglich und sicher zu vernichten. Bäuerinnen und Bauern vertrauen auf die Reinheit des Saatguts. Das Gericht hat eine wichtige Entscheidung zum Schutz der Rechte der gentechnikfreien Landwirtschaft getroffen. Das ist ein Schuss vor den Bug von Monsanto, Bayer, BASF und Co. Denn nun müssen die Gentech-Konzerne Klagen und Strafen fürchten, wenn es zu Verunreinigungen des Saatguts kommt. Der beste Schutz vor Kontaminationen wäre der konsequente Verzicht auf alle Gentech-Pflanzen.

Die Linksfraktion wird sich weiter für den größtmöglichen Schutz gentechnikfreier Landwirtschaft und Imkerei einsetzen. Unser Ziel bleibt ein gentechnikfreies Europa.“



Foto: Ernst-Rose_pixello.de

Europäische Kommission fordert besseren Bodenschutz

14.02.2012 – SABINE STÜBER

Am 13. Februar 2012 stellte die Europäische Kommission in Brüssel zwei Berichte über die wichtigsten politischen und wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Thema Böden in Europa vor.

Der Verlust an fruchtbaren Böden in Europa ist gravierend. Flächenversiegelung, Verlust organischer Bodensubstanz durch Erosion, Rückgang der biologischen Vielfalt, Eintrag von Schadstoffen, Versalzung und Verdichtung sind Prozesse, die europaweit zur Verschlechterung des Zustandes der Böden führen. 9% der europäischen Böden sind versiegelt. Allein in Deutschland geht täglich eine Fläche von 130 Fußballfeldern Boden durch Versiegelung verloren. Viele Schäden werden auch durch eine nicht angepasste Landnutzung verursacht. Europaweit sind schätzungsweise 1,3 Mio. km² der Böden durch Erosion geschädigt. Das entspricht der zweieinhalbfachen Fläche Frankreichs. Den Berichten zufolge haben die Schäden in den letzten zehn Jahren, auch fünf Jahre nach Annahme der „Europäischen Strategie für Bodenschutz“, weiter zugenommen. Dies bedeutet, dass die bestehenden Maßnahmen nicht ausreichen, um ein angemessenes Schutzniveau für alle Böden in Europa zu gewährleisten und eine politische Akzeptanz nicht erreicht wurde.

Die Bundestagsabgeordnete Sabine Stüber, Die LINKE, dazu: „Das sind keine neuen Erkenntnisse, trotzdem ist es offensichtlich wich-

tig, den schlechten Zustand der Böden immer wieder wissenschaftlich zu belegen, um die Politik zum Handeln zu zwingen. Die jetzige Bundesregierung gehört zu den Verhinderern einer wirksamen europäischen Bodenschutzpolitik. Wir LINKE haben zuletzt im September 2011 in einem Antrag die Bundesregierung aufgefordert, endlich ihre Blockadehaltung gegen eine gemeinschaftliche europäische Bodenschutzpolitik aufzugeben. Ohne Erfolg zwar, aber das Problem bleibt trotzdem auf der Tagesordnung. Brüssel zeigt da wesentlich mehr Verantwortungsbewusstsein und Weitblick als die Regierungskoalition in Berlin.“

Hintergrund:

Die Europäische Kommission bemüht sich seit Jahren um eine gemeinschaftliche Bodenschutz-Richtlinie, um die fortschreitende Bodendegradation aufzuhalten. Das wird von einigen Mitgliedsstaaten, zu denen Deutschland zählt, seit Jahren blockiert. Die blockierende Haltung Deutschlands ist kurzfristig, denn neben den negativen Auswirkungen der Bodendegradation auf das Klima, den Wasserhaushalt und die biologische Vielfalt spielen auch Wettbewerbsgleichheit, Lebensmittelsicherheit und wirtschaftliche Perspektiven, z. B. für die deutsche Sanierungsindustrie, eine Rolle. Die Kosten der Bodenschäden betragen laut TEEB-Report (The Economics of Ecosystems and Biodiversity) EU-weit schon heute 38 Mrd. Euro jährlich. Zur Vorbereitung von Maßnahmen

auf EU-Ebene, hat die Kommission Initiativen zur Förderung des Bodenbewusstseins, Forschungs- und Überwachungsprojekte (z. B. LUCAS, eine Eurostat-Erhebung über Bodenbedeckungs-, Flächennutzungs- und Agrarumweltindikatoren) unterstützt. Außerdem hat die Kommission das Ziel des Bodenschutzes weiter in andere Bereiche der EU-Politik, einschließlich Landwirtschaft und Entwicklung des ländlichen Raums, einbezogen. Neben den laufenden Maßnahmen zur Bekämpfung der Bodendegradation will die Kommission Forschungstätigkeiten und Bodenüberwachung unterstützen, Leitlinien für Bodenversiegelung fertigen und Aspekte im Zusammenhang mit den Böden stärker in die bevorstehende Überprüfung der Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung einbeziehen.

Der wissenschaftliche Bericht „The state of soil in Europe“, der von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Europäischen Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Umweltagentur veröffentlicht wurde, gibt einen umfassenden Überblick über unsere derzeitigen Kenntnisse von Bodenressourcen und Degradationsprozessen.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass weitere Untersuchungen vorgenommen und mehr Daten gesammelt werden müssen, um unsere Kenntnisse zu verbessern und die Öffentlichkeit stärker für die Bedeutung des Themas Böden zu sensibilisieren.

Sorglosen Umgang mit Acker- und Waldflächen beenden

16.02.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Boden ist nicht vermehrbar. Wir dürfen nicht sorglos mit ihm umgehen. Land- und forstwirtschaftliche Nutzfläche darf in einem solchen Ausmaß nicht weiter für Siedlungs- oder Verkehrsflächen geopfert werden,“ kommentiert Dr. Kirsten Tackmann den Beschluss „Agrarflächen erhalten und nachhaltig nutzen“. In diesem unterstützen die agrarpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der LINKEN im Bundestag und Landtagen die Forderung nach einem sparsamen

Umgang mit landwirtschaftlichen Nutzflächen. Die Linkspolitikerinnen und -politiker fassten den Beschluss am 14.02.2012 in Leipzig im Rahmen ihres regelmäßigen Agrarpolitischen Treffens. Tackmann weiter:

„Die Kampagne des Bauernverbandes gegen den Flächenfraß darf allerdings nicht als Blockade gegen das Greening im Rahmen der neuen EU-Agrarpolitik instrumentalisiert werden. DIE LINKE spricht

sich weiterhin klar für ökologische Vorrangflächen zum Ausgleich ökologischer Defizite und einer ökologischen Aufwertung der Agrarflächen aus. Um wirklich wirksam gegen den Flächenverbrauch vorzugehen, müssen geplante Versiegelungen mit einer vorherigen Entsiegelungspflicht verbunden werden. Ökokonten können zu einem flächensparenden Umgang in den Kommunen beitragen.“

Den Beschluss vom 14.02.2012 finden Sie: [HIER](#)

Bundestag einstimmig gegen Biopatente

09.02.2012 – KIRSTEN TACKMANN

„Der Bundestag hat sich heute deutlich gegen Biopatente ausgesprochen. Die Linksfraktion hat den interfraktionellen Antrag mit erarbeitet und ihm auch zugestimmt, obwohl die CDU/CSU verhindert hat, dass DIE LINKE auch als Antragstellerin aufgeführt wird. Uns ist ein einstimmiges Zeichen des Bundestages gegen Biopatente wichtiger als parteipolitische Revanche,“ erklärt Dr. Kirsten Tackmann anlässlich der heutigen Abstimmung des Bundestages über die Einschränkung von Biopatenten.

Tackmann weiter:

„Der Bundestag gibt den anderen Mitgliedstaaten ein deutliches Signal: Wir wollen keine Patente auf landwirtschaftliche Nutzpflanzen und Tiere! Lasst uns die rechtlichen Grundlagen dafür ändern! Wir sollten den heutigen Beschluss den Parlamenten der anderen Mitgliedstaaten, sowie dem Europäischen

Parlament und der EU-Kommission als unsere einstimmige Positionierung zur Berücksichtigung in der weiteren Debatte übergeben. Diesem ersten wichtigen Schritt müssen dann auf EU-Ebene weitere folgen. Dabei wird sich auch die LINKE weiter engagieren: Gegen Biopatente!

Um zu dokumentieren, wie weit unsere Kompromissbereitschaft geht, stellen wir heute auch einen eigenen Biopatente-Antrag zur Sofortabstimmung. Im Antrag „Keine Patente auf Leben“ machen wir unsere grundsätzliche Ablehnung von Biopatenten deutlich. Und zwar nicht nur bei landwirtschaftlichen Nutztieren oder -pflanzen und nicht nur bei konventioneller Züchtung, sondern auf alle Tiere, Pflanzen, Gene, Produkte, etc. und selbstverständlich auch bei der Agro-Gentechnik. Gerade die Gentechnik-Konzerne nutzen regelmäßig das Patentrecht um ihre Gewinne

zu sichern. Die LINKE, im Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für ein weltweites Verbot der Patentierung von Menschen, Pflanzen, Tieren und anderen Lebewesen sowie deren Nachkommen, Produkte, Organe, Gene, Gensequenzen einzusetzen.“

Den Biopatente-Antrag der Linksfraktion finden Sie: [HIER](#)



Foto: Konstantin Brückner

Anträge, Anfragen & Initiativen

29.02.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8786](#)

Preiserhöhungswelle an den Tankstellen stoppen - gesetzliche Benzinpreiskontrolle einführen

Obwohl weltweit die tägliche Ölabbahme sinkt, steigen zur Zeit die Spritpreise an den Tankstellen. Daran verdienen Öl-Oligopole und Spekulanten an den Terminbörsen, während der einfache Verbraucher beim Tanken immer tiefer in die Taschen greifen muss. Deswegen fordert die Linke eine Genehmigungspflicht zur Spritpreiserhöhung durch die Bundesnetzagentur, damit die Preise wieder von Angebot und Nachfrage bestimmt, und nicht von Spekulanten an den Warenterminbörsen festgelegt werden.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8767](#)

Die deutschen Kolonialverbrechen im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika als Völkermord anerkennen und wiedergutmachen

Es ist nicht bestreitbar, dass das Deutsche Kaiserreich in Südwestafrika einen Völkermord verübte. Die Kolonialvergangenheit ist fester Bestandteil unserer Geschichte, deren Auswirkungen heute noch allseits spürbar sind. Mit diesem Antrag soll die Grundlage für einen ernst gemeinten Versöhnungsdialog mit Namibia 22 Jahre nach dessen Unabhängigkeit geschaffen werden und ein wichtiger Grundstein zur breiteren Aufarbeitung der Kolonialvergangenheit in Deutschland gelegt werden.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8766](#)

Niemanden abschreiben - Analphabetismus wirksam entgegentreten, Grundbildung für alle sichern

Analphabetismus und unzureichende Grundbildung ist auch in Deutschland kein Randproblem, sondern ein Problem der gesellschaftlichen Mitte. Dem müssen wir ernsthaft, sinnvoll und nachhaltig entgegenwirken. Betroffene sind bei gesellschaftlicher, sozialer, beruflicher und ökonomischer Teilhabe erheblich eingeschränkt. Wir fordern ein öffentlich ausfinanziertes, für alle zugängliches und kostenloses Grundbildungs- und Alphabetisierungsangebot, ausgerichtet auf die unterschiedlichen Bedürfnisse.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8764](#)

Finanzmärkte verbrauchergerecht regulieren - Finanzwächter und Finanz-TÜV einführen

Verbraucherinnen und Verbraucher verlieren pro Jahr Milliarden durch Falschberatung und riskante Finanzprodukte. Dringend notwendig ist daher die verbrauchergerechte Regulierung und staatliche Überwachung der Finanzmärkte. Bisherige Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte haben den Verbraucherschutz nicht verbessert.

16.02.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8605](#)

Kundenfreundliche Bahn für alle

Die Bahn fährt auf Verschleiß: Strecken werden gekappt, Schalter geschlossen und wichtige Wartungsarbeiten reduziert. Personal wird eingespart. Gewinnmaximierung wird Vorrang vor Kundenfreundlichkeit gegeben. Für viele Menschen ist Bahnfahren unbezahlbar geworden. Das alles muss sich ändern. DIE LINKE fordert kundenfreundliche Bahnverbindungen, Sicherheit und Service für alle sowie erschwingliche Preise einschließlich eines Sozialtickets.

10.02.2012 ▼

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8610](#)

Europarecht beim Ehegattennachzug umsetzen

DIE LINKE setzt sich seit 2007 energisch gegen die Einschränkung des grund- und menschenrechtlich garantierten Schutzes von Ehe und Familie durch Sprachanforderungen beim Ehegattennachzug ein. Nachdem die höchstrichterliche Rechtsprechung in Deutschland enttäuschend ausfiel, sind die europarechtlichen Bedenken gegen diese Verschärfung mittlerweile offenkundig. Die Bundesregierung soll deshalb im Interesse der Menschen sofort handeln und nicht auf ein Urteil des EuGH warten.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8609](#)

Kein Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Kriegswaffen bei Bundeswehr-Veranstaltungen

Die Praxis der Bundeswehr, bei Informationsveranstaltungen Minderjährigen den Zugang zu Panzern, Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen zu ermöglichen, ist nicht im Sinne des Schutzes von Kindern und Jugendlichen und dient nur dem Ziel der Nachwuchsrekrutierung. Mit dem Antrag wird die Bundesregierung aufgefordert, diese Praxis zu unterbinden.

▶ [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8608](#)

Unberechtigte Privilegien der energieintensiven Industrie abschaffen - kein Sponsoring der Konzerne durch Stromkunden

Die energieintensive Industrie wird durch ein Bündel von Befreiungs- oder Ermäßigungstatbeständen bei Ökosteuern, im Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) oder beim Emissionshandel von der Wirkung umweltpolitischer Instrumente ganz oder teilweise befreit. Ein Teil der Unternehmen wird durch diese Begünstigungen nicht nur nicht zusätzlich belastet, sondern erzielt in der Gesamtwirkung sogar leistungslos zusätzliche Einnahmen - zu Lasten anderer VerbraucherInnen. Das wollen wir ändern.

Anträge, Anfragen & Initiativen

10.02.2012 ▼

► [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8607](#)

Kein Bau der dritten Start- und Landebahn am Flughafen München

DIE LINKE im Bundestag und in Bayern lehnt den Bau einer 3. Start- und Landebahn am Flughafen eindeutig ab. Noch ist es nicht zu spät, dies zu stoppen. Die neue Bahn würde AnwohnerInnen eine unzumutbare Lärmbelastungen bescheren. Zudem wird der Bedarf für diese Bahn schöngerechnet, London kommt auch mit 2 Bahnen aus. Wegen des Klimaschutzes darf der Luftverkehr ferner ohnehin nicht mehr wie bisher weiter wachsen. Dem Bund droht zudem eine Beteiligung an den Baukosten.

► [ANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8606](#)

Bundesmitten zur Finanzierung der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung 1:1 an Kommunen weiterreichen

Auch wenn die Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund begrüßenswert ist, lehnen wir das Gesetz insgesamt ab, da zur Gegenfinanzierung die Arbeitsmarktinstrumente gekürzt werden. Mit dem Antrag wollen wir erreichen, dass die beabsichtigte Entlastung wenigstens auch bei den Kommunen ankommt.

29.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8746](#)

Unvollstreckte Haftbefehle gegen Rechtsextremisten

In Beantwortung einer Anfrage von SpiegelOnline zur Vollstreckung von Haftbefehlen gegen Personen, die mutmaßlich der Politisch motivierten Kriminalität - rechts (PMK-rechts) zuzuordnen sind, verwies das Bundeskriminalamt am 24. November 2011 auf die Einrichtung des Gemeinsamen Abwehrzentrums - Rechts, welches „umgehend mit der weiteren Prüfung auch zurückliegender Straftaten, insbesondere im Bereich der Tötungs- und Gewaltdelikte“ beginnen werde. Die Linksfraktion fragt kritisch nach.

27.02.2012

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8714](#)

Gesichtsscanner in Fußballstadien und Datenabgleich mit der Verbunddatei „Gewalttäter Sport“

Der Mecklenburg-Vorpommersche Innenminister und Vorsitzende der Innenministerkonferenz, Lorenz Caffier, will die Verwendung von Gesichtsscannern an Eingängen von Fußballstadien prüfen lassen, um Stadionverbote durchzusetzen. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung nach der Rechtsgrundlage für Massenscans, nach dem aktuellen Stand beim Einsatz von Überwachungstechnik und nach dem Umgang mit Personen, die aus zum Teil fragwürdigen Gründen in die BKA-Datei „Gewalttäter Sport“ eingetragen wurden.

27.02.2012

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8713](#)

Rechte und Hilfe für transsexuelle, transgender und intersexuelle minderjährige Menschen

In dieser Kleinen Anfrage geht es um die Sensibilisierung für die Probleme von transsexuellen, transgender und intersexuellen minderjährigen Menschen. Die Kinder und Jugendlichen wie auch ihre Eltern haben häufig keine Hilfe, so dass sie mit erheblichen Widerständen zu kämpfen haben. Psycholog/inn/en und Psychiater/innen sind mit dem Thema zumeist nicht konfrontiert worden und gehen daher häufig von einer „Störung“ aus. Die Lebenssituation der Betroffenen muss ernst genommen werden und es muss ihnen Hilfe angeboten werden.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8707](#)

Kofinanzierung der Berufseinstiegsbegleitung

Im Zuge der Reform der arbeitsmarktpolitischen Instrumente wird die Berufseinstiegsbegleitung künftig nur noch dann von der Bundesagentur für Arbeit gefördert, wenn sich Dritte zu 50 Prozent an der Finanzierung beteiligen. Bis dato ist jedoch unklar, wer als Kofinanzierer auftritt. Bleibt die Kofinanzierungsfrage ungeklärt, steht die SGB-III-geförderte Berufseinstiegsbegleitung vor dem Aus. Die Linksfraktion fragt kritisch nach.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8706](#)

Sozialmedizinische und psychologische Gutachten bei Leistungsbeziehenden nach dem Zweiten und dem Dritten Buch SGB (Nachfragen zu 17/8291)

In den letzten Jahren mehrten sich amtsärztliche Begutachtungen von Erwerbslosen und deren Aussteuerung in Erwerbsminderungsrenten und Verweise in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen. Widersprüchlichkeiten in den ersten beiden Antworten der Bundesregierung insbesondere zum Thema freiwillige Teilnahme an Untersuchungen sollen aufgedeckt werden.

[KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8705](#)

Neonazistische Fackelzüge gegen „Volkstod“

Unter dem Motto „Werde unsterblich“ haben mit weißen Masken und schwarzen Kutten vermummte Neonazis seit 2011 mindestens 17 unangemeldete Fackelzüge in verschiedenen deutschen Städten gegen einen angeblichen „deutschen Volkstod“ durchgeführt. Die Linksfraktion fragt die Bundesregierung zu ihren Erkenntnissen zu den Fackelumzügen.

Anträge, Anfragen & Initiativen

27.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8704](#)

Todesopfer unter Flüchtlingen in die Bundesrepublik Deutschland und die Europäische Union im Jahr 2011

Tagtäglich kommen an den Außengrenzen der Europäischen Union Menschen bei dem Versuch ums Leben, nach Europa zu gelangen. Doch während für die deutschen Grenzen einigermaßen verlässliche Informationen zu Menschen vorliegen, die beim Versuch der Einreise umgekommen sind, gibt es auf europäischer Ebene keine solche Datenerfassung. Doch diese Zahlen sind der blutigste und tragischste Preis für die Abschottung gegenüber Flüchtlingen und Migranten. Sie müssen öffentlich gemacht werden.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8703](#)

Datenerfassung im Umgang mit Migrantinnen und Migranten

Ausländische Staatsangehörige, Migrantinnen und Migranten, Asylsuchende und Flüchtlinge, aber auch deutsche Staatsangehörige in Visaangelegenheiten oder Eingebürgerte werden in besonderer Weise elektronisch erfasst. Es gibt im staatlichen Umgang mit ihnen eine Vielzahl von Sonderdateien, über die diese Kleine Anfrage einen Überblick verschaffen soll.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8679](#)

Sachstand von ACTA, IPRED, TRIPS und der Warnhinweisstudie

An den Protesten gegen das Anti-Counterfeiting Trade Agreement (ACTA) haben allein in Deutschland Zehntausende, zumeist junge Menschen teilgenommen. Sie thematisierten Fragen einer drohenden Einschränkung der Kommunikationsfreiheit im Internet, einer heraufziehenden Echtzeitüberwachung des Internet und einer zunehmenden Privatisierung der Rechtsdurchsetzung, aber auch einer Verschlechterung in der Medikamentenversorgung von Entwicklungsländern. DIE LINKE lehnt ACTA ab und unterstützt die Proteste.

24.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8702](#)

Geheimhaltung von Akten des Bundesamtes für Verfassungsschutz über Klaus Barbie

Anders als der BND weigert sich das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) trotz mehrfacher Anfrage, die Akte des als „Schlächter von Lyon“ bekannten Gestapo-Chefs von Lyon, Klaus Barbie der historischen Forschung zur Verfügung zu stellen. Historiker vermuten, dass der ehemalige SS-Hauptsturmführer mit Hilfe von BND und BfV bis in die achtziger Jahre unter dem Namen Klaus Altmann wiederholt in die Bundesrepublik reisen konnte, um neofaschistische Strukturen aufzubauen und Waffengeschäfte abzuwickeln.

24.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8701](#)

Baumschutz und Zukunft des Berliner Landwehrkanals

In der Kleinen Anfrage geht es um den bevorstehenden Ausgang eines der deutschlandweit größten und längsten Mediationsverfahren: um die Zukunft des Berliner Landwehrkanals. Erfragt werden die Details zu den umstrittenen Sanierungsplänen und zum unzureichenden Einfluss der Mediation auf das Planungsergebnis. Es geht unter anderem um den Schutz der 4.500 Uferbäume sowie den Erhalt des Naherholungsgebiets.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8678](#)

Probleme bei der praktischen Umsetzung der EU-Richtlinie 2006/40/EG wegen Kfz-Kältemittel HFO-1234yf

Die Bundesregierung muss die Gefährlichkeit des chemisch instabilen und hochtoxischen Kfz-Kältemittels HFO-1234yf für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie für die Umwelt unbedingt aufklären. Die Fragen richten sich auch auf die unbekannte Wirkung der Abbauprodukte in Böden und Gewässern. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE sind Typgenehmigungen für Kraftfahrzeuge mit diesem Mittel undenkbar.

21.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8663](#)

Visaerteilungen im Jahr 2011

Wie aus früheren Antworten der Bundesregierung auf regelmäßige Anfragen der Fraktion DIE LINKE zur Visaerteilungspraxis hervorgeht, sind die Ablehnungsquoten in Bezug auf einzelne Länder, aber auch bei einzelnen Auslandsvertretungen innerhalb eines Landes höchst unterschiedlich (vgl. BT-Drs. 17/6225). Dazu sowie zu dem deutlichen Stellenabbau im Bereich der Visumverfahren in 2010 gegenüber dem Vorjahr um 6,5 Prozent (BT-Drs. 17/8221) wird kritisch nachgefragt.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8653](#)

Überstellung von Asylsuchenden im Dublin-System nach Ungarn trotz drohender Inhaftierung und Abschiebung vor Ende des Asylverfahrens

Neben Griechenland und Italien bestehen mittlerweile auch hinsichtlich Ungarns erhebliche Zweifel, ob dort die Asylrichtlinien der EU auf einem Niveau eingehalten werden, das Rückschiebungen von Asylsuchenden im Rahmen des Dublin-Systems rechtfertigen kann. So galt dort bis Ende 2011 Syrien als sicherer Herkunftsstaat. Rückgeschobene Asylbewerber können trotz weiter laufenden Asylverfahrens zurückgeschoben werden. Die Bundesregierung soll hierzu Stellung nehmen.

Anträge, Anfragen & Initiativen

20.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8652](#)

Gesundheitliche und rechtliche Bewertung von E-Zigaretten

E-Zigaretten erfreuen sich in den letzten Jahren wachsender Beliebtheit. Dabei ist weder bekannt, welche gesundheitlichen Auswirkungen der Gebrauch von E-Zigaretten hat, noch gibt es Klarheit darüber, wie sie rechtlich einzustufen sind und ob die Vorschriften zum Nichtraucherschutz greifen. Die Bundesregierung hat es sowohl unterlassen, für Rechtssicherheit zu sorgen als auch toxikologische Untersuchungen zu veranlassen, um mittelfristig zu einer fundierten Bewertung zu kommen.

14.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8636](#)

Umfang und Auswirkungen der Auffüllbeträge bei Renten in Ostdeutschland

Mit der Überführung der DDR-Altersversorgungen in Bundesrecht entstand das Konstrukt der Auffüllbeträge. Diese sollten für eine Übergangszeit einen Bestandsschutz für diejenigen Rentnerinnen und Rentner sichern, deren Ansprüche nach DDR-Recht höher waren als die nach neuem Recht. Ab 1. Januar 1996 wurden die Auffüllbeträge bei Rentenanpassungen gegengerechnet und damit de facto abgeschmolzen. Im Ergebnis erhielten viele Betroffene jahrelang, zum Teil bis heute, keine Rentenerhöhung.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8625](#)

Weichmacherbelastung in Kindertageseinrichtungen

Im Frühjahr 2011 hat der BUND eine Studie veröffentlicht, in der eine überdurchschnittliche Belastung von Kindergartenstaub mit Weichmachern festgestellt wird. Weichmacher sind hormonell wirksam und stehen in Verdacht fortpflanzungsgefährdend zu sein. Die Bundesregierung nimmt das Problem nach eigener Aussage ernst und hat schon vielfältige Maßnahmen zu dessen Lösung ergriffen. DIE LINKE erfragt die Art und Umsetzung der Maßnahmen und Forschungsvorhaben um diese Gesundheitsgefahr einzuschränken.

13.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8589](#)

Entschädigungsleistungen für „Euthanasie-Geschädigte“

Bei der Gewährleistung von Entschädigungszahlungen für „Euthanasie“-Geschädigte geht die Bundesregierung zu restriktiv vor. Kinder von Ermordeten erhalten keine monatlichen Hilfsleistungen, weil sie nach Meinung der Bundesregierung nicht vom NS-Unrecht betroffen sind. DIE LINKE widerspricht dem und verweist auf erlittene berufliche Nachteile, Traumatisierungen u. a. als Folge des Nazi-Terrors.

09.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8576](#)

Budgets für Eingliederungsleistungen in den Arbeitsmarkt für das Jahr 2011

Mit dieser Kleinen Anfragen soll transparent gemacht werden, in welchem Umfang durch die einzelnen Jobcenter Leistungen für SGB II-Beziehende für Maßnahmen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt im Jahr 2011 erbracht und inwieweit die Mittel ausgeschöpft wurden.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8565](#)

Rüstungsexporte durch das Bundesministerium für Verteidigung

Das Bundesministerium der Verteidigung ist ein bedeutender Exporteur von Rüstungsgütern. Von diesen Exporten werden im Rüstungsexportbericht der Bundesregierung allerdings nur die der Kriegswaffen, nicht aber die der sonstigen Rüstungsgüter erfasst. Der Öffentlichkeit fehlen daher entscheidende Informationen, um Umfang und potentielle Folgen staatlicher deutscher Rüstungsausfuhren abschätzen zu können. Die Linksfraktion fragt daher nach diesen Daten.

08.02.2012 ▼

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8566](#)

Zunehmende Anwendung der automatisierten Kontenabfrage

Am 12. Januar 2012 wurde bekannt, dass Behörden den automatisierten Kontenabruf – welcher ursprünglich zur Bekämpfung von schweren Verbrechen und Terrorismus eingeführt und dessen Anwendung vom Bundesverfassungsgericht auf Ausnahmefälle beschränkt wurde – immer häufiger durchführen. Mittlerweile nutzen die Behörden offenbar standardmäßig die erworbenen Informationen um Rückschlüsse auf die Einkünfte der Betroffenen zu ziehen. Die Linksfraktion fragt kritisch nach Umfang und Details dieser Praxis.

Zu dieser Anfrage liegt eine Antwort der Bundesregierung als [Drucksache Nr. 17/8715](#) vor.

► [KLEINE ANFRAGE – DRUCKSACHE NR. 17/8557](#)

Abschiebungen im Jahr 2011

Mit dieser Kleinen Anfrage erfragt die LINKE jährlich die Daten der deutschen Abschiebemaschinerie. Es geht auch darum, die Profiteure der Abschiebungen kenntlich zu machen – jene Flugunternehmen, die für Abschiebungen in alle Welt Charterflüge verkaufen und dafür zum Teil sogar eigenes Sicherheitspersonal zur Verfügung stellen. Auch die Kosten der Abschiebung werden erfasst. Neu abgefragt werden Details zu Abschiebungen unter der Koordination von FRONTEX.

Anträge, Anfragen & Initiativen

27.02.2012 ▼

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8743](#)

Entschließungsantrag zum „zweiten Hilfspaket“ für Griechenland

Das zweite sogenannte Hilfspaket ist die Fortsetzung der Bankenrettung. Das Risiko wird auf die Bevölkerung übertragen. Das damit verbundene Kürzungsdiktat führt zu einer sozialen und wirtschaftlichen Katastrophe. Die Gefahr einer zukünftigen Zahlungsunfähigkeit Griechenlands nimmt dadurch zu.

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8741](#)

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin (Fiskalpakt)

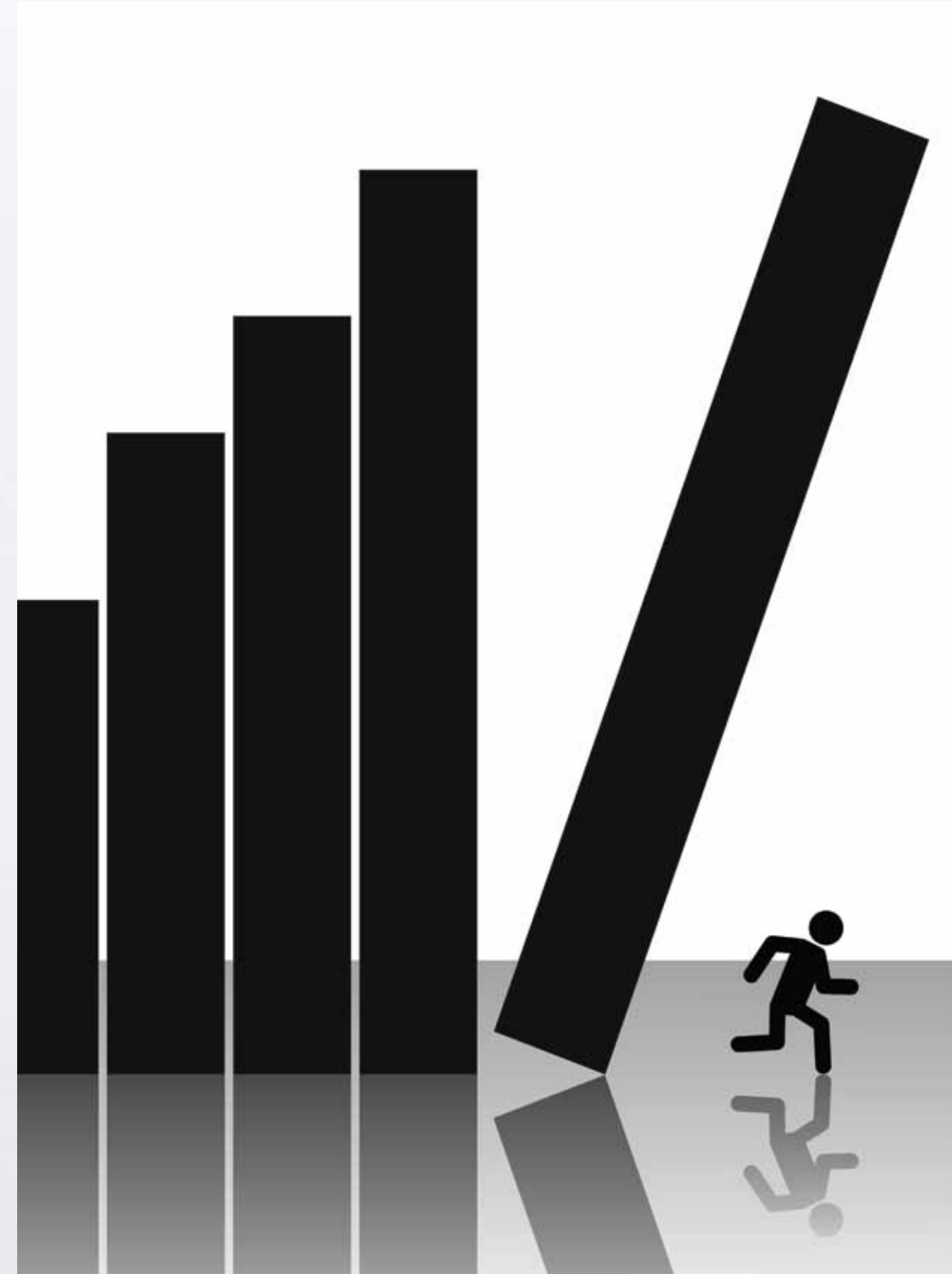
Kritik am Fiskalvertrag, mit dem sich die Staaten der Eurozone und weitere EU-Mitgliedstaaten dauerhaft zu einer Kürzungs- und Austeritätspolitik verpflichten. Der Vertrag spiegelt die verfehlte Analyse wider, die Eurokrise sei eine Staatsschuldenkrise. Daher taugen die marktradikalen Maßnahmen des Vertrags nicht zur Krisenüberwindung, sondern werden sie noch weiter verschärfen. Die tieferen Ursachen der Krise werden nicht adressiert.

09.02.2012 ▼

▶ [ENTSCHLIESSUNGSANTRAG – DRUCKSACHE NR. 17/8624](#)

zur Unterrichtung durch die Bundesregierung 17/8600 - Diplomatische Beziehung zu Palästina aufwerten

Den diplomatischen Status zwischen BRD und Palästina aufwerten. Die diplomatischen Missionen sollen in den Rang von Botschaften erhoben werden. Dies ist ein Schritt in Richtung Anerkennung eines palästinensischen Staates und stärkt die palästinensische Verhandlungsposition.



Plakat zum Thema „Staatsschulden“
FH-Potsdam WS 2011/2012
Kurs: Grafikdesign
Thema: engagiertes Design
Konstantin Brückner (c)



27.02.2012 – SABINE STÜBER

Persönliche Erklärung zum „Griechenland-II-Paket“

Persönliche Erklärung nach § 31 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestags zur Beratung des Antrags des Bundesministeriums der Finanzen „Finanzhilfen zugunsten der Hellenischen Republik“ am 27.02.2012.

„Ich habe heute gegen den Antrag des BMF zu den ‚Finanzhilfen zugunsten der hellenischen Republik‘ gestimmt, weil die Kredithilfen“ von 130 Milliarden Euro

eine Staatspleite längerfristig nicht abwenden. Die griechische Wirtschaft wird kaputt gespart, der Sozialstaat zerstört, die Demokratie ausgehebelt und das Land so immer tiefer in die Schuldenfalle getrieben.

► weiterlesen [HIER](#)



09.02.2012 – REDE IM BUNDESTAG – KIRSTEN TACKMANN

Keine Patente auf Leben

Um zu dokumentieren, wie weit unsere Kompromissbereitschaft ging, stellen wir heute auch einen eigenen Biopatente-Antrag zur Sofortabstimmung. Im Antrag 17/8584 „Keine Patente auf Leben“ machen wir unsere weitergehende Ablehnung von Biopatenten deutlich. Und zwar nicht nur bei landwirtschaftlichen Nutztieren oder -pflanzen und nicht nur

bei konventioneller Züchtung, sondern auf alle Tiere, Pflanzen, Gene, Produkte, etc. und selbstverständlich auch bei der Agro-Gentechnik.

► weiterlesen [HIER](#)



01.03.2012 – DIANA GOLZE

Demographischer Wandel muss sozial gerecht gestaltet werden

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es gibt zwei Begriffe, die oft in einen Zusammenhang gebracht werden: der demografische Wandel auf der einen Seite und die Generationengerechtigkeit auf der anderen Seite. Der demografische Wandel wird immer als Ursache beschrieben. Dabei ist auch dieser nicht einfach so über uns gekommen. Er hat Ursachen, die auch politisch gemacht sind.

► weiterlesen [HIER](#)



Sabine Stüber

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72138
Telefax: (030) 227-76138
E-Mail: sabine.stueber@bundestag.de

Wahlkreisbüro Eberswalde

Breite Straße 46
16225 Eberswalde
Telefon: (03334) 385155
Telefax: (03334) 385156
E-Mail: sabine.stueber@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Prenzlau

Diersterwegstr. 1
17291 Prenzlau
Telefon: (03984) 8621862
Telefax: (03984) 8621863
E-Mail: sabine.stueber@wk2.bundestag.de

Thomas Nord

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72675
Telefax: (030) 227-76675
E-Mail: thomas.nord@bundestag.de

Wahlkreisbüro in Frankfurt (Oder)

Zehmeplatz 11
15230 Frankfurt (Oder)
Telefon: (0335) 869 508 31
Telefax: (0335) 869 508 32
E-Mail: thomas.nord@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro in Fürstenwalde

Eisenbahnstraße 146, 1.OG
15517 Fürstenwalde/Spree
Telefon: (03361) 34 26 18
Telefax: (03361) 34 26 24
E-Mail: thomas.nord@wk2.bundestag.de

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Diana Golze

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72329
Telefax: (030) 227-76329
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro Rathenow

Märkischer Platz 2
14712 Rathenow
Telefon: (03385) 494521
Telefax: (03385) 494522
E-Mail: diana.golze@wk.bundestag.de

Bürgerbüro Belzig

Str. der Einheit 53
14806 Belzig
Telefon: (033841) 32547
Telefax: (033841) 43880
E-Mail: diana.golze.lt02@bundestag.de

Wahlkreisbüro Brandenburg

Altstädtischer Markt 2
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: (03381) 211789
Telefax: (03381) 229961
E-Mail: brb@diana-golze.de

Bürgerbüro Jüterbog

Große Str. 62
14913 Jüterbog
Telefon: (03372) 432691
Telefax: (03372) 432691

Wolfgang Nešković

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-72065
Telefax: (030) 227-76468
E-Mail: wolfgang.neskovic@bundestag.de

Wahlkreisbüro Cottbus

Straße der Jugend 114
03046 Cottbus
Telefon: (0355) 7842350
Telefax: (0355) 7842351
E-Mail: wolfgang.neskovic@wk2.bundestag.de

Dr. Dagmar Enkelmann

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-78220
Telefax: (030) 227-76219
E-Mail: dagmar.enkelmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Bernau

Berliner Str. 17
16321 Bernau b. Berlin
Telefon: (03338) 459-543
Telefax: (03338) 459-549
Sprechzeiten: Mo, Di, Do, Fr 9.00 – 17.00 Uhr, Mi nach Vereinbarung
E-Mail: wkb-d.enkelmann@t-online.de

Wahlkreisbüro Strausberg

Wallstr. 8
15344 Strausberg
Telefon: (03341) 303-984
Telefax: (03341) 303-985
E-Mail: dagmar.enkelmann@wk.bundestag.de

Dr. Kirsten Tackmann

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: (030) 227-74308
Telefax: (030) 227-76308
E-Mail: kirsten.tackmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Kyritz

Wilsnacker Straße 1
16866 Kyritz
Telefon: (033971) 32-857
Telefax: (033971) 32-893
E-Mail: kirsten.tackmann@wk.bundestag.de

Büro Perleberg

Bäckerstraße 21
19348 Perleberg
perleberg@kirsten-tackmann.de

Landesgeschäftsstelle DIE LINKE

Alleestraße 3
14469 Potsdam
Telefon: (0331) 20009-0
Telefax: (0331) 20009-10
E-Mail: info@dielinke-brandenburg.de



Alle Artikel gibt es auch online als Reintext zum komfortablen Ausdrucken. Klicken Sie einfach links auf das Bild! Der nächste Bundestagsreport erscheint am 09.03.2012.



Impressum

Deutscher Bundestag • Fraktion DIE LINKE • Landesgruppe Brandenburg
V.i.S.d.P.: Thomas Nord, MdB; Platz der Republik 1; 11011 Berlin
Tel.: (030) 227 - 72675; Fax: (030) 227 - 76675; E-Mail: thomas.nord@bundestag.de